

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

[urn:nbn:de:gbv:45:1-66956](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-66956)

Der Beobachter.

Ein Volksblatt.

Erscheint wöchentlich drei Mal — Dienstags, Donnerstags und Sonnabends — in 1/2 Bogen groß Quart-Format. Der Vorausbezahlpungspreis beträgt für das Quartal 48 Grotten. — Auswärtige Bestellungen übernehmen alle Postexpeditionen; hiesige die Redaction und die Buchdruckerei von S. Kleser, Haarenstraße 44. Anzeigen werden die Zeile oder deren Raum mit 1 Grotten bezahlt.

IX. Jahrgang.

Dienstag, den 31. August 1852.

N^o 102.

Deutschland.

Bremen, 28. August. Laut telegraphischer Mittheilung ist das Dampfschiff Hermann, gestern (Freitag) Mittags von Cowes auf hier abgegangen.

Bremerhaven, 27. August. In den nächsten Tagen verläßt uns die preussische Fregatte Gefion. Ihr vorläufiges Ziel ist Wisluga.

Mit der Auflösung der „deutschen Flotte“ wird allmählig vorgeschritten. Nachdem die Fregatte „Deutschland“ in öffentlicher Auction verkauft worden, ist jetzt auch denjenigen Officieren, welche mittelst Patents des Erzherzog-Reichsverwesers angestellt sind, die Entlassungsordere zugegangen. Nur die unentbehrlichsten sollen vorläufig beibehalten werden. Einiges Fremden hat es erregt, daß vorzugsweise Deutsche von der Entlassung betroffen worden sind, so daß das Officiercorps der „deutschen“ Marine zum Schlusse eigentlich von Fremden repräsentirt wird. (W. 3.)

Hannover, 26. August. Seine königliche Hoheit der Großherzog von Oldenburg ist gestern Abend von Oldenburg hier eingetroffen und hat heute Morgen die Reise nach Karlsbad fortgesetzt.

Hamburg, 25. August. Wie ein hiesiges Localblatt wissen will, kommt demnächst wieder einmal ein Proceß zur Verhandlung, indem der Substitut des Staatsanwalts, Hr. Dr. Schröder, die Reform wegen Verleibung des Präsidenten der französischen Republik in Schrift und Bild verklagt haben soll.

Der Cigarren-Arbeiter Sternberg, Vice-Präsident des Arbeiter-Bildungs-Vereins, ist am Montag, wie man uns sagt, auf auswärtige Requisition verhaftet worden.

27. August. Wir erfahren, daß es den in Altona garnisonirenden Soldaten bei Strafe von 5 Mal 24 Stunden Arrest verboten ist ohne Erlaubniß sich nach Hamburg zu begeben; 3 Mal 24 Stunden Arrest ist auf Wirthshausbesuch gesetzt.

An die Direction der Altona-Kieler Eisenbahn-Gesellschaft soll die ernstliche Aufforderung ergangen sein, Herrn Ed. Diez, ausführenden Director seit Eröffnung der Bahn, ungesäumt zu entlassen. Diez ist einer der wackersten schleswig-holsteinischen Männer, hat die Gesinnung unter keinerlei Umständen verleugnet und ist eben deshalb bei den Nachhabern sehr übel angegesehen.

Braunschweig, 20. August. Es läuft ein sonderbares Gerücht durch die Stadt, welches mit einer Correspondenz von hier in der „Kölnner Ztg.“ in scharfen Widerspruche steht, eben so unglücklich, als folgen schwer für uns,

wenn es sich bestätigen sollte. Es betrifft nichts Anderes, als die Absicht unseres Herzogs, die Regierung niederzulegen. Thatsächlicher Begründung entbehrt es allerdings eben so gut, wie die von Zeit zu Zeit auftauchenden Heirathsprojecte, die niemals weniger Aussicht auf Verwirklichung hatten, als gerade jetzt. Dennoch ist es auffallend, daß jene Sage zuerst in Kreisen auftaucht, welche dem Hofe nahe stehen. Daß die ganze Welt hier ungläubig die Köpfe schüttelt, hindert indes die Bevölkerung nicht, das Für und Wider eines solchen immerhin möglichen Schrittes zu erwägen.

Berlin, 26. August. Der Wiedereintritt des Herrn v. Radowitz in den activen Dienst erregt in auswärtigen Blättern weit mehr Aufsehen als hier, wo man freilich im Allgemeinen so weit ist, jedes Ereigniß mit der Gleichgültigkeit aufzunehmen, welche etwa besagt: „Das nützt und das schadet uns nicht; es müssen andere Dinge kommen.“ Man unterschätzt keineswegs den Einfluß, welchen Herr v. Radowitz an höchster Stelle auszuüben befähigt ist; aber man zweifelt mit Recht daran, daß irgend ein einzelner Mensch im Stande sein sollte, dem Gange der Dinge eine andere Richtung zu geben, als sie einmal aus den bestimmenden Kräften des Volkes und nach dem Charakter der maßgebenden Persönlichkeiten genommen haben. Es ist aber außerdem auch sehr fraglich, ob Herr v. Radowitz wird einen politischen Einfluß üben wollen. Wie man hört, so ist er nicht an die ihm jetzt übertragene Stelle aus Anregung des Kriegsministers oder aus eigener Bewegung des Königs berufen worden, sondern er hat sich um dieselbe beworben.

Stralsund, 24. August. Bei dem Wahl, welches der König bei seiner gestrigen Anwesenheit in unserer Stadt einnahm, sagte er etwa Folgendes: „Jeder Stralsunder weiß es, daß ich stets gern in Ihrer ehrenwerthen mit trefflichen Einrichtungen versehenen Stadt verweile, und der höchste Wunsch, den ich Ihnen auf den Namens der Stadt mir dargebrachten Gruß erwidern kann, ist der Wunsch, daß derselben ihre alte edle Verfassung möge erhalten bleiben!“ — Die Verfassung ist allerdings alt und auch edel, wenn das Alter edel macht; übrigens ist sie mit allen Gebrechen des Alters und Mittelalters behaftet und erscheint der großen Mehrzahl der Bürger als eine Last und ein Hemmniß der gewerblichen und commercieellen Entwicklung der Stadt.

Königsberg, 24. August. Am gestrigen Abend wurde eine aus mehreren Personen der ehemaligen freien Gemeinde bestehende Versammlung in einem öffentlichen Garten, in

welchem sich außerdem noch andere Gäste befanden, polizeilich aufgelöst, und da einige der Mitglieder ihr gutes Recht, an einem öffentlichen Ort erscheinen zu dürfen, behaupteten, wurden diese, etwa 16 an der Zahl, arretirt.

Kassel, 23. August. hat der Druckereibesitzer Hatop seine Zelle im hiesigen Gefangenhaufe bezogen, die ihn während langer 122 Tage seiner Familie und dem durch seine ungenöhnliche Mühsigkeit und Geschäftsfunde in den schwinghaftesten Betrieb gesetzten Geschäfte entziehen soll. Er ist der erste und einzige aus der Klasse der hiesigen Industriellen, welche das Kriegsgericht verurtheilt, wenn wir recht unterrichtet sind, auf besondere Instruction des Ministerpräsidenten, weil H. einen Proceß gegen den Staat geführt, den er in Folge der militärischen Eingriffe in den Septembertagen erhob und gewann. Deshalb mußte ein Spottgedicht, das die Minister auf sich bezogen, dazu dienen, eine so herbe Strafe zu verhängen, die des Verurtheilten geschäftliche Verhältnisse in dem tiefsten Grunde zu erschüttern geeignet ist, und leicht dazu führen kann, den größten Theil seiner Arbeiter, meist Familienväter, brodlos werden zu lassen. Was wird der Staat dabei gewinnen?

Wiesbaden, 24. August. Heute wurde der hiesige „Gesellengefangverein“ polizeilich aufgelöst und ein Mitglied des Vorstandes ausgewiesen, nachdem gestern durch die Polizei bei den Mitgliedern des Vorstandes Haus-suchungen vorgenommen worden waren. Auch bei dem Vorstande eines andern hiesigen Gesangvereins „Liederkranz“ wurden gestern Haus-suchungen vorgenommen. Von einer Auflösung dieses Vereins ist jedoch noch nichts bekannt geworden.

Freiburg, 19. August. Bis jetzt sind sämmtliche nach St. Peter einberufene Geistliche daselbst eingetroffen, bis auf zwei, welche durch Krankheit verhindert sind, jetzt schon zu erscheinen.

Siberach, 23. August. Man hört heute, daß gestern in Grolzheim, hiesigen Oberamts, 6 Stunden von hier, ein Wolfenbruch und an dem bekannten schönen Kapellenberg ein Erdbeben stattgefunden habe, wodurch ein Wohnhaus verschüttet worden sei; ein zweites Wohnhaus soll die heftige Strömung des Wassers weggerissen haben. Die Verwüstungen, welche dieses bedauerliche Naturereigniß angerichtet, sollen sehr bedeutend sein.

Stuttgart, 25. August. Das Erbbeben in dem Drie Grolzheim reducirt sich auf einen Erdbeben. Der Einsitzer der Kirche und eines anderen Hauses beschäftigt sich aber nach einer neueren telegr. Dep. des „St. A.“ Die Ver-

anlassung zu dem Unglück war ein Wolkenbruch. Aus anderen Theilen Württembergs wird ebenfalls von argen Verheerungen geschrieben, welche Wolkenbrüche und Hagel weiter angerichtet hatten.

Österreich.

Wien, 24. August. Die Presse wird sich von dem 1. September ab einer Erleichterung zu erfreuen haben. Mit jenem Tage nämlich soll sie, in Folge kaiserlicher Verordnung, überall den Einwirkungen des Belagerungszustandes entzogen und unter die Pressordnung gestellt werden. Wer die Pressordnung kennt, weiß, daß dieselbe auch einen Belagerungszustand verhängt, nur daß dieser von anderen Behörden ausgeübt wird. Indessen haben die Herausgeber und Verleger doch wenigstens

einen ungefähren Anhaltspunkt für ihre Thätigkeit und können sich allenfalls einbilden, daß sie nicht der bloßen Willkür und Laune preisgegeben sind.

Frankreich.

Paris, 25. August. Die Anträge der Generalräthe auf albbaldige Herstellung des Kaiserreichs werden von der ministeriellen Presse offen und ohne Umschweif acceptirt. Patrie weiß heute, nachdem sie von dem neuerdings angemeldeten Beschluß Kunde gegeben hat, mit Befriedigung auf die großen Vorzüge dieser Adressen vor denen der Bezirksräthe hin, Vorzüge die nicht nur in der größeren Wichtigkeit und Autorität jener Corporationen, sondern auch in der bestimmten Fassung der Anträge zu finden seien. Die Generalräthe,

sagt Patrie, die Vertreter der wichtigsten Interessen des Landes, sprechen positiv die Wünsche aus, die der Gedanke der Bezirksräthe waren und die das Herz des ganzen Volkes erfüllen. Gestern hat der Prinz seinen Namenstag in St. Cloud mit einem glänzenden Fest begangen, die Gärten und die große Cascade waren erleuchtet. Als würdiger Gast war vielleicht Feldmarschall Gaynaud zugegen, wenigstens melden die Blätter, daß er gestern in Paris angekommen und im Hotel des Princes abgestiegen sei.

Großbritannien.

London, 26. Aug. Der Lordkanzler hat London verlassen und denkt nicht vor Ende October zurück zu sein; der beste Beweis daß das Parlament nicht vor November eröffnet wird.

Die staatsmännische Partei der Gegenwart.

I.

In einer bewegten Zeit, in welcher, so lange sie nicht sich abgekühlt und ihr Ziel erreicht hat, die politischen Parteien, welche gerade am Ruder sind, auf den Lauf der Begebenheiten weit mehr Einfluß üben als das Bedürfnis und die Wünsche der Bevölkerung, erscheint es eben so interessant als nützlich, sich nach der Politik und den Tendenzen dieser Parteien umzusehen. Eine kurze Charakteristik derjenigen Partei, welche wir am angemessensten mit dem Namen der „staatsmännischen“ bezeichnen, scheint gerade jetzt an der Zeit, weil sie mit allen ihren Mitteln nach der Oberherrschaft ringt und bemüht ist, ihre unverföhliche Gegnerin, die demokratische Partei, zu verdrängen, ja, sich mit der Hoffnung trägt, sie ganz und gar zu vernichten.

Sehen wir uns zunächst nach den Elementen um, aus welchen die Partei zusammengesetzt ist, so bildet sich ihr Kern aus dem Beamtenthum in Staat und Kirche. Sie weist uns selbst hierauf hin, weil sie sich mit einer eigenthümlichen Behaglichkeit nicht allein ihrer staatsmännischen Befähigung rühmt, sondern auch „die Partei der Intelligenz“ zu nennen pflegt. Wer anders dürfte wagen, sich anmaßen zu wollen, auf gleicher Höhe der Intelligenz zu stehen als dieses Beamtenthum, das schon seit Neratius, Pomponius und Ulpian sich in den Quellen angeerbter Weisheit berauscht, die Unfehlbarkeit seines Glaubens schon durch die Kirchenväter bekräftigt erhalten hat und noch immer von den Brüsten der alma mater academiae, welche allein den Menschen die sichere Kunde giebt von dem, was war, was ist und was sein wird, getränkt und genährt wird. — An diesen Kern schließt sich der Advocatenstand in seiner überwiegenden Mehrheit. Zur Erklärung dieser einigermassen auffallenden Richtung seiner Politik dürfte es dienen, daß der Advocatenstand ein privilegiertes ist, der noch auf Vorrecht und Ausschließlichkeit ruht, seine Advocatenstellen und Plätze gewissermaßen als einen Eindringling zu betrachten pflegt, der ihm seine Rechte schmälert und entzieht, wovon gerade noch die jüngste Zeit recht bemerkenswerthe Erscheinungen geliefert hat. Er wehrt sich daher schauernd gegen die freie Concurrenz und sieht sein Vorrecht und seine Gerechtigkeiten nur unter der hohen Protection des Beamtenthums genügend geschützt und gesichert. — Dann folgen die reichen Gewerbetreibenden, vorzugsweise der Residenzen, welche sich mit dem Fette beträufeln, das der dort concentrirte Militär- und Beamtenthum re. ausschüttet, überhaupt Alle, welche aus den reichen Quellen schöpfen, die von oben herab ihnen zufließen, welche eine Ableitung dieser Quellen, Verlust an ihrem Nahrungsbetriebe, die Entziehung einer Concession, irgend einer Begünstigung fürchten, wenn sie sich dem herrschenden Willen widersetzen. — Endlich rundet sich die Partei, damit die Crystallisation vollendet werde, noch durch viele Unabhängige ab, große Besizer, Capitalisten, Begüterte, an deren reich besetztem Tische die Noth vorübergeht, die noch nie den Genuß eines Opfers empfunden, das Wort „Entsagung“ nur dem Namen nach kennen, die nur den Mund zu öffnen brauchen, um ihn mit reichlicher Speise gefüllt zu sehn, deren Herz und Geist in der Pflege des Leibes erschläft ist, die daher nur auf sich selbst sehn, nicht auf Andere, die nur von eigenen Behagen ausgehen und keine Acht haben auf das wachsende Glend ganzer Classen und Stände außer ihnen, die auch keineswegs geneigt sind, dazu beizutragen, daß die täglich sich vergrößernde Differenz zwischen Reich und Arm

ausgeglichen und gesüht werde. Das sind die Theile, aus welchen die Partei wesentlich besteht. Wir hoffen, daß diese wenigen Züge hinreichen werden, ihr Portrait Jedem deutlich erkennbar zu machen.

Wir müssen hier sogleich eine Eigenthümlichkeit hervorheben, welche mit der Partei auf das Innigste verwachsen scheint: ihren glühenden Haß gegen die Demokratie und das allgemeine Wahlrecht. Dieser Haß findet seinen Ausdruck meistens in der Werszeitung, diesem weltberühmten Blatte, das die „staatsmännische Partei“ vorzugsweise zu ihrem Organe erkoren zu haben scheint, weil ihre Artikel voll „staatsmännischen Blickes“ und hoher Gedanken darin den meisten Absatz und die weiteste Verbreitung finden. Wir können nicht umhin, aus einem jener Artikel ein paar Sätze zu citiren, die wir, sobald sie uns in die Augen fielen, ihres bemerkenswerthen Inhaltes wegen sogleich roth verzeichnet haben. Die eine jener Stellen sagt: „Inbesondere ist es die demokratische Partei, welche die größte Energie entwickelt und unverdrossen auf den bösen Willen der Regierungen wie auf das schon dämmernde Morgenlicht einer der Demokratie beschiedenen großen Zukunft hinweist. Während sie bei irgend welcher Aenderung des Wahlgesetzes, die den politischen Einfluß überwiegend in die Hände der besitzenden Classen legte, nach der herrschenden Stimmung verzweiflungsvoll das Geseß in den Graben werfen würde, sammelt sie gegenwärtig, wo bei uns — in dem einzigen Staate Deutschlands und ohne Zweifel zum Letztenmal — die Wahlen noch auf Grundlage des allgemeinen Stimmrechts vor sich gehen, alle ihre zerstreuten Kräfte um demokratische Wahlen durchzusetzen.“ Wir finden den bitteren Haß, welcher sich in jeder dieser Zeilen gegen die Demokratie und gegen das allgemeine Wahlrecht ausspricht, völlig erklärlich, wir bekennen indeß offen, daß wir die glänzende Anerkennung und Rechtfertigung der Demokratie und ihres Strebens und Wirkens, welche sie eben so unverhohlen darin aussprechen, kaum mit der hohen Intelligenz der Partei zu reimen vermögen. Denn wenn die Furcht hier kaum verdeckt, ja das Geständniß so ziemlich unumwunden abgelegt wird, daß die Partei bei dem allgemeinen Wahlrechte den Kampf mit der Demokratie nicht zu bestehen vermöge, wie diese Thatsache sich auch fast beständig ergeben hat und ergeben wird, und wie wir darin den einzigen Grund erblicken, aus welchem es in allen Staaten Deutschlands, nur durch die Macht der Regierungen, nicht durch den freien Willen der Völker, abgeschafft ist, so müssen wir die Frage aufwerfen: Was ist denn das allgemeine Wahlrecht? — Unbestreitbar der reinste Ausdruck des Volkswillens. Wer eine Handlung vornimmt, spricht dadurch seinen Willen aus, wer das Wahlrecht übt, erklärt damit, wenn er seine Angelegenheiten anvertrauen will. Also, je allgemeiner dieses Recht verliehen ist, desto allgemeiner spricht sich dieser Wille aus, und wenn das ganze Volk das Wahlrecht ohne Einschränkung besitzt, so muß der Wille des ganzen Volkes auch dadurch am klarsten und deutlichsten sich ausgedrückt finden. Das dünkt uns ein einfaches Rechenerempel. Wenn nun das Volk im allgemeinen Wahlrechte der Demokratie den Vorzug giebt, so spricht es damit unerkennbar aus, daß das Streben und Wirken der Demokratie mit dem Willen und den Wünschen des Volkes übereinkomme. Die Demokratie wird der staatsmännischen Partei für dieses glänzende Zeugniß ohne Zweifel Dank wissen. — Eine andere Stelle sagt wörtlich: „Das Streben der Regierung wird unterstützt von einer nicht geringen Anzahl Männer, die in den verschiedenen Verfassungsphasen als Freunde des Volkes sich bewährt haben und auch gegenwärtig volles Vertrauen genießen.“ Daß hier nur von der

staatsmännischen Partei, den Männern der Intelligenz die Rede ist, bedarf kaum der Erwähnung. Wir glauben gern ihrer Versicherung, daß sie Freunde des Volkes sind. Wir vermögen aber wieder zu unserm großen Bedauern es mit der hohen Intelligenz dieser Partei nicht recht in Einklang zu bringen, daß sie in dem Augenblicke sich Freunde des Volkes nannte, da sie den heißen Wunsch ausspricht, daß das Volk sein unschätzbares Recht, das allgemeine Wahlrecht, zum Letztenmale zu üben im Stande sein möge, ja unzweideutig bekennt, daß sie bemüht sein werde, dem Volke dieses sein köstlichste Gut mit rauben zu helfen, also sich thatsächlich, entgegen den Worten, als einen Feind des Volkes, und zwar als einen recht bitteren zeigt. Daß das allgemeine Wahlrecht das höchste Gut eines Volkes sei, wird einer Begründung kaum bedürfen. Es verleiht ja in einem wirklichen, nicht bloß scheinbaren Rechtsstaate — daß jene Partei den wirklichen Rechtsstaat will, erwarten wir von ihrer Gerechtigkeitsliebe — die höchste Macht dem Volke, und giebt die Herrschaft über das Volk dem Volke selbst. Nun ist es aber in der Natur begündet, daß Jeder lieber sich selbst regiere als sich von Andern regieren lasse. Wenn also dem Volke das allgemeine Wahlrecht genommen und einzelnen Ständen und Classen übertragen wird, so wird ihm die Herrschaft über sich selbst genommen. Wir können daher unmöglich glauben, daß das Volk diejenigen als seine Freunde anerkennen werde, welche damit umgehen, ihm die Herrschaft zu nehmen und es unter die Herrschaft und Vormundschaft einzelner Stände und Classen zu stellen. Wenn endlich die Partei ihre Männer eine Stütze der Regierung nennt, so scheint es uns ebenfalls ihrer hohen Intelligenz kaum entsprechend, das in dem Augenblicke zu sagen, wo die Politik der Regierung es notwendig zu finden scheint, daß dem Volke seine wichtigsten Rechte genommen oder geschmälert, seine Macht und sein Wille so ziemlich auf 0 reducirt werden. Solche unglaubliche Verlöbte gegen die Intelligenz und offen aufgedeckte Bösen waren uns anfangs unaussprechbare Räthsel. Wir glauben indes den Schlüssel in der leidenschaftlichen Erbitterung gegen die Demokraten zu finden, mit welcher dieser wie alle ähnlichen Artikel geschrieben sind. Denn bekanntlich verwirrt und blendet die Leidenschaft den besten Verstand und verleitet auch den Klügsten zu Allernheiten, Widerprüchen und Dummheiten. Uebrigens glauben wir nicht allein, sondern wissen auch aus eigener Erfahrung, daß die Männer der Partei eine große Stütze der Regierungen sind. Daß wir weder diese Partei noch irgend Jemand verdächtigen wollen, brauchen wir nicht zu versichern. Wir müssen indes der Wahrheit die Ehre geben und können daher eine Bemerkung nicht unterdrücken, daß nämlich diese Partei bei diesem Stützen der Regierungen auch ihre eigne und zwar recht hübsche Rechnung zu finden, daß sie dabei, wie man zu sagen pflegt, selbst gute Privatgeschäfte zu machen und ihr Schäfchen sicher und wohlgeborgten ins Trockne zu bringen pflegt. Wir dürfen nicht verschweigen, daß die Partei sichtbar sich der vielfachen Begünstigungen und mancher Vortheile erfreut, welche die Macht zu vergeben hat, sobald sie in der Partei ihre Stütze findet. Wir müssen die Thatsache hervorheben, daß namentlich der Kern der Partei, die ihr angehörenden Beamten von dem Augenblicke an mit Zulagen und Amtsbeförderungen reichlich bedacht, mit Günst und Gnadenbezeugungen überhäuft zu werden pflegen, wo sie anfangen Stützen der Regierungen zu sein, während wir Beamte, deren unpolitische Politik das allgemeine Beste höher achtet als ihren Privatvortheil, ihrer Aemter entsetzt, aus ihren Stellungen verdrängt, auf Wartegeld und Pension, überhaupt auf jegliche Art zurückgesetzt und so ziemlich als werthlose Geschöpfe behandelt sehn. Wir bezweifeln schließlich auch keineswegs die Wahrheit der Behauptung: „daß die Männer dieser Partei auch gegenwärtig volles Vertrauen genießen“. Sollte hiemit, was unerwähnt gelassen wird, das Vertrauen des Volkes gemeint sein, so fürchten wir indes, daß dasselbe durch solche offene Bekenntnisse, wie wir sie hier abgelegt sehen, und wie schätzenswerth sie auch sind, mächtig werde erschüttert werden.

Ueber die Politik dieser Partei im Einzelnen in einem nächsten Artikel.

Armenjuraten oder Armenrechnungsführer?

In unsern Tagen, wo die Theiligung des Volkes im Großen mehr oder minder illusorisch geworden ist, sollte man mit um so größerer Aufmerksamkeit sein Auge dem Gemeindeleben zuwenden und auf diesem kleineren Felde ordnen und bessern, so weit dies die den Gemeinden bis jetzt gewährte Selbstständigkeit zuläßt. — Ist das Maß dieser Selbstständigkeit gleich nur sehr gering, ist es gleichwohl sehr wichtig, daß man den richtigen Gebrauch davon mache, damit

das Gemeindeleben erstärke und geordnet dastehe. Denn das ist eine ausgemachte Thatsache, daß ein gesundes, geordnetes Gemeindeleben die einzig sichere Basis für das Leben der Völker im Großen abgiebt, da, wer in seinem eigenen Hause nicht mit Sicherheit sich bewegt, in weiteren Kreisen stets ein Fremdling bleiben wird.

Eine in das Gemeindeleben tief eingreifende Institution ist nun das Armenwesen. Wir wollen hier jedoch nicht das Echo mancher oft gehörten Klagen über das unerhört Drückende dieser Last sein, noch wollen wir uns eines Weiteren über vorzunehmende Aenderungen ergehen. Wir sind überzeugt, daß jene Klagen manchmal sehr begründet sind und daß manche Aenderungen sehr zweckmäßig und zeitgemäß sein würden; wir glauben indes nicht, daß diesen Uebelständen eher abzuhelfen sei, bis einst eine freiere Bewegung den Gemeinden gestattet sein wird, und dieser Zeitpunkt scheint noch nicht sehr nahe zu liegen. Wir wollen uns daher heute lediglich einer unserer Ansicht nach nicht unwichtigen Frage zuwenden, deren Entscheidung in der Hand der Gemeinden liegt.

Es ist nämlich den Letzteren überlassen, statt der Armenjuraten Armenrechnungsführer anzustellen, und in manchen Gemeinden ist Letzteres geschehen. Wir bezweifeln indes sehr, daß dieses dem Besten des Gemeindehaushalts wirklich frommt. Es ist zwar unmöglich zu verkennen, daß die Juratschaft für den durch sie Betroffenen eine nicht geringe Last ist, auch wollen wir zugeben, daß ein besoldeter Rechnungsführer in den ihm obliegenden Geschäften meistens eine größere Routine haben oder sich doch bald erwerben wird, als der Jurat; aber der Rechnungsführer ist nicht Mitglied der Specialdirection, während der Jurat dieser Behörde stimmberechtigt beiträgt, und auf diesen Einen Punkt legen wir ein so großes Gewicht, daß wir diesen Vorzug höher anschlagen, als alle Vortheile, welche sonst etwa mit der Anstellung eines Rechnungsführers verbunden sein mögen.

Die Specialdirection besteht aus dem (den Sitzungen jedoch nicht beiwohnendem) Amtmann, dem Pastoren, dem Kirchspielsvogt, dem Juraten (wo nicht Rechnungsführer angestellt sind) und den Armenvätern.

Der Amtmann wohnt, wie schon bemerkt, den Sitzungen nicht bei, der Prediger, namentlich einer größeren Gemeinde, wird nur in seltenen Fällen Gelegenheit finden oder nehmen, seine Befugnisse als Vorsitzender der Specialdirection allseitig aufzufassen, und so wird er nicht selten nur zu geneigt sein, zu geben oder gutzuheißen, daß gegeben werde, ohne sich hinlänglich von der Würdigkeit und Bedürftigkeit des Empfängers überzeugt zu haben. Dem Herzen, zumal eines christlichen Predigers, mag dieses zur Ehre gereichen, das geben wir gerne zu, der Gemeinde aber bringt es einen Nachtheil, der manchmal durchaus nicht unerheblich ist. Wer nun ferner aus Erfahrung weiß, in welchem Grade die Armenväter von den Bedürftigen ihres Districtes mit Anträgen und Bitten bestürmt werden, wer weiß, daß es schwer ist, seiner Pflicht stets nachzukommen, wenn diese es fordert, gegen Klagen, Bitten und Thränen taub zu sein, wird es begreifen, daß auch von den Armenvätern Zusicherungen leichter gegeben werden, als es die Nothwendigkeit gebietet und mit dem Interesse der Gemeinde verträglich ist. — Es soll dies kein Vorwurf sein. Der Mensch kann sich menschlicher Schwächen nicht ganz entkleiden, dazu ist der gute Mensch gern zur Milde, zum Geben geneigt; es ist nicht angenehm, Klagen und Bitten sein Ohr verschließen zu müssen, auch ungestümen Drängen entgeht man gern.

So kommt es denn, daß von den Armenvätern manchmal Anträge vor die Specialdirection gebracht werden, die sie zurückhalten würden, wenn sie nicht im Voraus ziemlich sicher überzeugt sein könnten, dieselben einer strengen Prüfung eben nicht unterzogen zu sehn. Denn, wie schon gesagt, der Prediger übt diese Kritik nicht oder doch selten, der Kirchspielsvogt kann sie allein auch nicht, wenigstens nicht mit einem durchgreifenden Erfolge übernehmen, am Wenigsten aber fühlt sich ein Armenvater gegen den anderen zur Ausübung derselben berufen, und der Antrag geht durch, mag er auch dem Interesse der Gemeinde noch so sehr widerstreiten.

Anders stellt sich die Sache, wenn der stimmberechtigte Jurat gegenwärtig ist. Dieser ist natürlicher Anwalt der Armenkasse und Vertreter des Gemeinde-Interesses den Armenvätern gegenüber. Sein begründetes Wort wird großes Gewicht haben und meistens den Sieg davon tragen. — Denn wenn er unter Darlegung klarer Gründe das Interesse der Gemeinde vertheidigt, so werden außer dem Prediger und Vogte, auch gemeinlich die meisten Armenväter ihm beisimmen. Ihm, dem dazu Berufenen, wird ein solches Auftreten auch gern verziehen, während die übrigen Mitglieder der Specialdirection, welche

nicht in dem Maße dazu berufen sind oder zu sein glauben, durch ein ähnliches Verfahren leicht Anstoß erregen würden. — Wenn die Armenväter wissen, daß der Jurat ein eifriger Vertheidiger des Gemeinde-Interesses ist, werden manche Anträge gar nicht gestellt werden, die man jetzt ein- und durchbringt, weil man im Voraus überzeugt sein kann, man werde damit durchkommen.

Wird das Interesse der Gemeinden also durch einen Juraten gewahrt, so bringt dieses außer den dadurch erzielten Ersparnissen noch einen andern Vortheil mit sich, den wir eben so hoch anzuschlagen geneigt sind.

Wir sind ein abgefagter Feind aller Knickerei, auch bei den Spenden aus der Armenkasse, wir wollen, daß dem kraftlosen Alter, hilflosen Kindern und bedürftigen Kranken gründlich geholfen werde; wir sind weit entfernt, das Vorurtheil derer zu theilen, die es für eine Schmach halten, in den genannten Fällen aus der Armenkasse Unterstützung zu empfangen, sondern uns leitet vielmehr die Ansicht, daß abgelebte Alte, bedürftige Kranke und vermögenslose Kinder durch ein wohlbegründetes Recht auf die Armenkasse ihrer Gemeinde hingewiesen sind, durch ein Recht, wegen dessen Ausübung ihnen kein vernünftiger Mensch einen Makel anhängen kann —; aber in uns lebt eben so fest die Ueberzeugung, daß es eine Schmach ist, wenn dem aus öffentlichen Mitteln geholfen wird, der nach allgemeiner Ueberzeugung selbst im Stande ist, für sich und die Seinen zu sorgen, — eine Schmach, sagen wir, nicht nur für den, welcher die Hülfe beanspricht, sondern eben so sehr für den Helfenden. — Hierin erblicken wir eine große Quelle der Entfittlichung, es wird dadurch Vorschub geleistet der Lohnderei, den Tagedieben, jenem sich Verlassen auf die Hülfe Anderer, und erstickt den schönen in die Natur des Menschen gelegten Trieb der Selbstständigkeit. — Und wahrlich, ein Diebstahl an dem Gewerbe fleißiger Hände ist jeder Groschen, der auf solche Weise an Unwürdige verschleudert wird.

Daß die hier gerügte Unterstützung Unwürdiger vorkommt, wird Niemand leugnen wollen, sollten wir indeß im Rechte sein, wenn wir beobachtet zu haben glauben, daß sie öfter in den Gemeinden zu Tage tritt, wo nach Abschaffung der Juraten Rechnungsführer angestellt sind, als da, wo man die Juraten beibehielt, so hätten wir unser Wort gelöst, denn für Beibehaltung resp. Wiederanstellung der Juraten spräche alsdann außer den Rücksichten der Sparsamkeit ein moralischer Grund, dem man höhere Geltung beilegen wird.

Unser theuerster Abgeordneter, Herr Morell, kostet dem Lande 35,000 Thaler.

Es scheint ganz gut, wenn bei neuen Wahlen das dankbare Volk sich der Verdienste früherer Abgeordneten erinnert und danach wählt. Diese Zeilen mögen namentlich den Westerstädern gewidmet sein zur

Empfehlung ihres bisherigen Abgeordneten, jetzigen Amtsassessors, Wahlvorstandes und Wahlcommissairs Morell.

Am Schlusse des vereinbarten Landtags forderte die Staatsregierung die Zustimmung zur Contrahirung einer Anleihe von 340,486 fl 66 gr. In Folge dessen wurden folgende Anträge gestellt:

- 1) vom Abg. Boyer in Verbindung mit den Abg. Greverus, Strakerjan und Müller I.: eine Anleihe bis zu 270,000 fl zu bewilligen;
- 2) vom Abg. Bittel: daß das Ministerium im Nothfalle noch $\frac{1}{5}$ mehr anleihen dürfe;
- 3) von der Mehrheit des Ausschusses: eine Anleihe von 200,000 fl ;
- 4) von der Minderheit: eine Anleihe von 175,000 fl ;
- 5) vom Abg. Morell: eine Anleihe von 141,929 fl ;
- 6) vom Abg. Selckmann, mit dem Morell sich später vereinigte: eine Anleihe von 140,000 fl .

Nun fielen am 13. Febr. 1849 die Anträge Nr. 1 und Nr. 3 in namentlicher Abstimmung durch, der Antrag Nr. 4 wurde aber bewilligt, eine Anleihe von 175,000 fl ; natürlich hatte Herr Morell dagegen gestimmt, da damit 35,000 fl nach seiner Ansicht zu viel bewilligt wurden. Da beantragte der Abg. v. Bittel, daß jetzt noch über seinen Antrag Nr. 2, daß die Staatsregierung im Nothfalle noch $\frac{1}{5}$ mehr anleihen dürfe, (da die Anleihe 175,000 fl betragen sollte, also gerade noch 35,000 fl mehr) abgestimmt werden möchte.

Dieser Antrag wurde nun in namentlicher Abstimmung mit 15 gegen 14 Stimmen angenommen, und Herr Morell hatte mit für denselben gestimmt! (Vgl. Protoc. S. 1183.) Er hatte sogar den Ausschlag gegeben! Nach seiner Ansicht mußten schon 35,000 fl zu viel bewilligt sein und er bewilligte noch 35,000 fl obendrein. Die Staatsregierung contrahirte denn auch sofort eine Anleihe von 210,000 fl . Wem verdanken wir es? Herrn Morell.

Wir können die hohe Staatsweisheit, welche in dem Verfahren des Herrn Morell lag, der der Staatsregierung eine Anleihe von 200,000 fl verweigerte und nur 140,000 fl beantragte, ihr aber doch 210,000 fl zuwandte, nicht recht begreifen, vielleicht dürfen wir hoffen, daß er seine Motive vor seinen Wählern, oder noch besser in öffentlichen Blättern darlegt.

Uebrigens kann Westerstede stolz auf Herrn Morell sein, wir kennen keinen andern Abgeordneten, der dem Lande 35,000 fl kostet.

Redacteur: Wilhelm Galberla.

Briefkasten. Der Artikel: der Oberkirchenrath u. kam leider für die heutige Nr. zu spät, so wie auch ein anderer: die außerordentliche Synode.

Reise-Gelegenheit.



Weser-Hunte-Dampfschiffahrt.

Die Schiffe der Gesellschaft fahren:

Von Oldenburg n. Bremen u. Bremerhaven	5 $\frac{1}{2}$ M.	5 $\frac{1}{2}$ M.	6 M.	6 $\frac{1}{2}$ M.	7 M.	8 M.
„ Bremen nach Oldenburg	1 M.	1 M.	2 M.	2 $\frac{1}{2}$ M.	3 M.	4 M.
„ Bremerhaven nach Oldenburg	12 $\frac{1}{2}$ M.	12 $\frac{1}{2}$ M.	12 $\frac{1}{2}$ M.	12 $\frac{1}{2}$ M.	12 $\frac{1}{2}$ M.	12 $\frac{1}{2}$ M.
„ Bremen nach Bremerhaven	täglich 6 Uhr Morgens und 1 Uhr Nachmittags.					
„ Bremerhaven nach Bremen	täglich 5 $\frac{1}{2}$ Uhr Morgens und 12 $\frac{1}{2}$ Uhr Nachmitt.					

September:

Mittwoch	Donnerst.	Freitag	Sonnab.	Sonntag	Montag
1.	2.	3.	4.	5.	6.

C. Koeniger.



Omnibus-Fahrt.

Abfahrt von Oldenburg

täglich von den bekannten Gasthöfen:

- Nach Leer, Aurich, Emden und Holland: Abends 9 Uhr.
- „ Wehla, Damme, Cloppenburg, Quakenbrück, Osnabrück: Abends 9 Uhr.
- „ Narel und Jever: Morgens 7 $\frac{1}{2}$ Uhr, Mittags 12 $\frac{1}{2}$ Uhr, Nachmittags 5 Uhr.
- „ Bremen: Morgens 5 $\frac{1}{2}$ und Nachmittags 4 Uhr.
- „ Von Bremen: Morgens 10 und Nachmittags 3 Uhr.
- „ Brake: Morgens 5 $\frac{1}{2}$ und Nachmittags 4 Uhr.
- „ Von Brake: Morgens 7 und Nachmittags 4 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Oldenburger Marktpreise.

30. August.		Markt	Boven
		Grote	Geurant.
Wochen, Sand	pr. Schfl.	51	52
Weizen, Weser	„	—	60-68
Gerste, niederl. Winter	„	—	40
„ Sommer	„	—	36-38
Safer, Futter	„	22	26-30
Buchweizen	„	—	38
Kartoffeln	„	17	—
Erbsen	d. Kann	—	4
Bohnen, Garten	„	—	6
„ Feld	„	—	44
Butter	das fl	14	—
Schinken	„	9	—
Speck	„	—	—
Wier	das Dup.	6	—

Bremer Marktpreise.

23. August.		Bedungen.	
		Uhr.	Gelb.
Wochen, Sand	pr. Last	75	80
Weizen, Weser	„	115	125
Gerste, niederl. Winter	„	65	70
„ Sommer	„	64	66
Safer, Futter	„	44	48
Malz, Bremer abgetr.	„	82 $\frac{1}{2}$	95
Mehl, amerik. Weizen	100 fl	3 $\frac{1}{2}$	4
„ Bremer	„	3 $\frac{1}{2}$	3 $\frac{3}{4}$
Bohnen, große und mittel	pr. Last	75	80
„ kleine	„	80	85
Erbsen, gelbe	„	90	95
Schinken, westph.	100 fl	14	—
Butter, Butfadinger	das fl	14	15
„ Dittreißische	„	13	14
Speck	„	—	—

Druck von Heinrich Klesser in Oldenburg.

Der Beobachter.

Ein Volksblatt.

Erscheint wöchentlich drei Mal — Dienstags, Donnerstags und Sonnabends — in 1/2 Bogen groß Quart-Format. Der Vorausbezahlungspreis beträgt für das Quartal 48 Groten. — Auswärtige Bestellungen übernehmen alle Postexpeditionen; hiesige die Redaction und die Buchdruckerei von H. Kleser, Gaarenstraße 44. Anzeigen werden die Zeile oder deren Raum mit 1 Groten bezahlt.

IX. Jahrgang.

Donnerstag, den 2. September 1852.

N^o 103.

Deutschland.

Oldenburg. „Das Comité der invaliden Offiziere der ehemaligen schleswig-holsteinischen Armee“ erläßt an alle Männer, die Gefühl haben für das unverdiente Glend dieser Wackeren und ihrer Familien, wie an die Frauen, deren Hände einst für die Verwundeten so rastlos gewirkt, den Aufruf, es ihnen auch jetzt zu bezeugen, daß sie nicht verlassen bleiben sollen, und — sei es durch einmalige, monatliche oder jährliche Gaben — dazu mitzuhelfen, ihnen einen ehrenvollen Unterhalt einzuweilen zu sichern.

Bremen, 31. August. Der Bundescommissair Fischer zeigte den Herren Kössing und Wimmig durch den electricischen Telegraphen gestern Morgen 10 Uhr 15 Min. an, daß der Aufschlag des Schiffs „Deutschland“ für sie erfolgt sei.

— Dillon hat seinen Freunden die Nachricht mitgetheilt, daß er wahrscheinlich nach Amerika überfiedeln werde.

Altona. Das Gerücht, Altona werde binnen 14 Tagen in Belagerungszustand erklärt werden, gewinnt an Consistenz.

Kiel, 26. August. Bekanntlich sind von dem Großherzoge von Oldenburg auf diplomatischem Wege Schritte gethan, um den Superintendenten Nielsen in Cutin in dem ganzen Bereich seiner, vom holsteinischen Gebiete durchschnittenen Diocese, eine ungehinderte Wirksamkeit zu sichern. Diese Schritte sind, wie wir vernehmen, jedoch erfolglos geblieben; da vielmehr mit Bestimmtheit erklärt worden, daß man den Superintendenten arretiren lassen werde, sobald er den Bezirk des von Holstein ganz umschlossenen Fürstenthums Cutin überschreite.

Itzehoe. Die neue dänische Dragoneruniform, ein dunkelblauer Waffenrock mit zwei Reihen Knöpfe, ein Helm mit Messingbeslag und großer rothweißer Cocarde, und die österreichische Feldmütze wird jetzt bei dem hier garnisonirenden zweiten Dragonerregiment immer mehr sichtbar und die nachmärzlichen Waffenröcke und Helme verschwinden. Die Wachen werden hier jetzt nur von neu uniformirten Dragonern bezogen.

Berlin. Dem Vernehmen nach soll künftighin die preussische Diplomatie nicht mehr zu Allem, was das russische Cabinet beabsichtigt, „Oui!“ sondern „Bon!“ sagen.

— „Kladderadatsch“, „Nationalzeitung“ und „Const. Zeitung“ sind neuerdings wegen ihrer Artikel über Frankreich und den Prinz-Präsidenten verwarnt worden.

Der Handelsminister hat, auf Ersuchen des Ministers des Innern, den in Braunschweig

erscheinenden „Blättern der Zeit“ unter dem 22. d. M. den Postdebit entzogen „wegen der Schmähungen, mit welchen (diese Zeitschrift) die preussische Politik verfolgt“.

28. Aug. Vorgestern starb hier der Professor an der Akademie der Künste, Ritter v. Hummel, 83 Jahr alt.

Der bisherige außerordentliche Professor Dr. Karl Simrock in Bonn ist zum ordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät der dortigen Universität ernannt.

Der „Staats-Anz.“ theilt heute amtlich mit, daß der Generalleutnant von Radowicz zum Generalinspecteur des Militärerziehungs- und Bildungswezens ernannt, und ihm die Obermilitäreraminations-Commission untergeordnet worden.

Königsberg, 26. Aug. Die polizeilich geschlossene freie Gemeinde hielt am vergangenen Montag des Abends eine Versammlung in dem vor dem Friedländer Thore gelegenen Saretschen Garten ab. Da eine Anzahl Mitglieder derselben den Anordnungen der Polizeibeamten, welche die Versammlung auflösten, nicht Folge leisteten, mußten 16 Personen männlichen und weiblichen Geschlechts verhaftet und nach dem Polizeigefängniß abgeführt werden.

Kassel, 28. August. Den Bewohnern hiesiger Stadt können wir die erfreuliche Mittheilung machen, daß, wie wir aus zuverlässiger Quelle hören, im kurfürstlichen Ministerium des Innern die Anlegung eines Fruchtmarktes in der hiesigen Heßfeldstadt definitiv beschlossen und auch bereits an kurf. Regierung dahier die Weisung zugegangen ist, für alsbaldige Herstellung eines solchen Fruchtmarktes am hiesigen Orte Sorge zu tragen, und die weiter nöthigen Verfügungen namentlich auch hinsichtlich der öffentlichen Plätze zu treffen, wo der Fruchtmarkt aufzuschlagen. (Kass. Z.)

Nachen, 27. August. In dem Dorfe Merken, Kreis Düren, hat eine bedauerliche Störung der öffentlichen Ordnung stattgefunden. Seit mehreren Tagen hatte dort allmählich an dem Hause eines Einwohners ein sogenanntes Thierjagen statt, d. h. gegen 10 Uhr fand sich eine große Masse Menschen zusammen und machte mit allen Mitteln den entsetzlichsten Lärm. Am 25. August wurden von Düren aus die sämtlichen Gensdarmen hingeschickt, um der Sache Einhalt zu thun. Dieselben trafen auf dem Plage ein, als der Lärm eben wieder begonnen hatte, griffen diejenigen Personen, welche den Hauptlärm machten, heraus und führten dieselben dem Bürgermeister vor. Schon auf dem Wege zum Bürgermeister wurden die Gensdarmen von einer großen Menge

verfolgt, mit Werfen schwerer Steine und Knütteln angegriffen, und mußten, um sich zu schützen, die Waffen ziehen. Während bei dem Bürgermeister das Protocol aufgenommen wurde, hatten die Tumultuanten sich in größerer Zahl versammelt und an allen Ausgängen des Dorfes Wachen ausgesetzt. Nach Verlaß von mehr als einer Stunde traten die Gensdarmen den Rückweg nach Düren an. Als sie kaum das Dorf verlassen hatten, wurden sie von einer großen Menge verfolgt und immer mit Steinwürfen angegriffen. Auf dem Wege von Merken bis Hoven waren sie zu oft wiederholten Malen gezwungen, Front zu machen und die Masse mit den Waffen zurückzudrängen; dieselben kamen auf diese Weise fortwährend umzingelt und kämpfend bis Hoven, wo die Verfolger abließen. Sämtliche Gensdarmen sind mehr oder weniger durch Steinwürfe verletzt, vier auf längere Zeit dienstunfähig. Gestern Abends ist ein Militaircommando von 100 Mann unter dem Hauptmann von Zschiffen aus Nachen nach Merken per Eisenbahn abgegangen. Die Justizbehörde ist in Thätigkeit und der Untersuchungsrichter an Ort und Stelle.

Oesterreich.

Ein Vorfall hat unlängst eine ziemlich Sensation gemacht, da derselbe sehr geeignet ist, zu beweisen, auf was für einer hohen Stufe das Denunciantenwesen sich befindet, und zur Warnung dienen kann, daß es selbst in Privatgesellschaften nicht immer rathsam ist, seine Meinungen frei auszusprechen. Bei Gelegenheit einer Hochzeit in dem Grenzstädtchen J., als der Wein beim Nachtrich die Zungen etwas entseffelte, hatte sich ein anwesender höherer Geistlicher über die Regierung und das Staatsoberhaupt in einer zu unbedachtsamen freimüthigen Art geäußert. Ein in der Gesellschaft anwesender österreichischer Beamter machte davon die gerichtliche Anzeige, in Folge deren die Untersuchung gegen den unvorsichtigen Sprecher bereits eingeleitet ist. Das neue Strafgesetzbuch ist bekanntlich ziemlich streng gegen derartige Vergehen. Der Angeklagte ist katholischer Geistlicher.

— Aus der Festung Peterwardein ist, wie Briefe aus Neusatz melden, ein Festungsarrestat sammt dem ihn bewachenden Soldaten entwichen; über die Person und den Namen des Sträfings verlautet gar nichts und obschon versichert wird, es sei ein gemeiner Sträfing gewesen, so wollen doch Andere wieder aus dem Eifer, mit dem der Flüchtling verfolgt wurde, den Schluß ziehen, es müsse ein Mann von Bedeutung gewesen sein, was übrigens der Umstand zu bestärken scheint, daß die Schildwache mit ihm zugleich die Flucht er-

